

Liebe Leserin, lieber Leser,

Es tut sich etwas in Wuppertal. Seit mehr als zehn Jahren wehren sich Menschen dagegen, das Grüngelände der „Kleinen Höhe“ als Gewerbegebiet zu bebauen. Wenn jetzt ausgerechnet die Fraktionen von CDU und SPD anregen, auf dieser Fläche Windräder aufzustellen, dann darf nicht vergessen werden, dass gerade diese beiden Parteien es waren, die mir nichts dir nichts das Erholungsgebiet in einen Gewerbe-Park umwandeln wollten. Aber auch ein Gewerbe-Park bleibt ein Industriegebiet mit versiegelten Flächen. Inzwischen ist zwar nicht das Naturschutz-Bewusstsein gewachsen, es hat sich aber gezeigt, dass die Erschließung des Gebietes zu teuer werden wird, außerdem war offensichtlich das Interesse bei Industrieunternehmen zu gering. Folglich wurde vor einigen Ratssitzungen von der Verwaltung der Vorschlag eingebracht, auf der Kleinen Höhe Wohnhäuser zu errichten. Teure Häuser natürlich für Menschen mit gutem Einkommen. Offensichtlich hatte aber auch dieser Plan wenig Zukunft, tauchte doch die Kleine Höhe prompt wieder in der Liste verfügbarer Gewerbeflächen auf.

In der vergangenen Ratssitzung kam der Umschwung: durch die Schäden, die das Erdbeben in Fukushima in Japan angerichtet hat, fühlten sich auch die Parteien zur Windkraft hingezogen, die noch vor wenigen Wochen die Nutzung der Atomkraft als „alternativlos“ und umweltfreundlich propagiert haben. – Was schert einen schon das Geschwätz von gestern! Wie ernst dieser Sinneswandel ist – das werden wir abwarten müssen. Natürlich haben wir nichts dagegen, dass jemand zu besseren Einsichten gelangt. Wenn aber der Vorsitzende des Bauausschusses (CDU) so tut, als sei jemand

von vorgestern, der – wie der Vertreter der FDP – jetzt noch fordert, die Kleine Höhe müsse Industriegebiet werden, dann erscheint das wie pure Heuchelei.

*Elisabeth August*



## Keine Schließungen von Jugendeinrichtungen



Protest vor der Ratssitzung am 23. Mai 2011

Die Ratsfraktion DIE LINKE lehnte in der vergangenen Ratssitzung sowohl den von der Verwaltung vorgelegten Kinder- und Jugendförderplan als auch die geplanten Veränderungen in der städtischen Kinder- und Jugendarbeit ab!

Jetzt können sich die WuppertalerInnen natürlich fragen: Warum? ... Es ist doch gut, wenn es einen Plan für die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in dieser Stadt gibt. Es liegt doch mit der Förderung der Jugend in dieser Stadt eh alles im Argen. Recht haben sie, die BürgerInnen. Förderung ist wichtig. „Aber für eine gute Kinder- und Jugendarbeit braucht es qualifiziertes Personal und eine angemessene finanzielle Ausstattung, sowohl bei der Stadt als auch bei den Freien Trägern. Die Angebote der städtischen Kinder- und Jugendarbeit sind bereits jetzt in allen Stadtteilen nicht dem Bedarf angemessen!“ betonte die Stadtverordnete Helin Argav in ihrer Rede vor dem Rat. Schon seit Jahren ist die finanzielle Ausstattung des Sports und der Kinder- und Jugendarbeit sowie anderer sozialer Projekte gedeckelt. Jetzt sollen weitere Jugendeinrichtungen geschlossen

bzw. in ihrem Angebot eingeschränkt werden. Bereits im Kinder- und Jugendförderplan von 2005 wurde diese Richtung festgelegt und 2011 weiter fortgeschrieben. Nach einem bestimmten Schlüssel wird der Mangel an Personal und finanziellen Ressourcen verteilt, so dass den Einrichtungen eine verlässliche Arbeit nicht mehr möglich ist.

Freiwillige Leistungen der Stadt wie das Schulmittagessen für bedürftige Kinder, wurden schon vor Jahren eingestellt. Selbst für soziale Projekte aus Landesmitteln darf die Stadt die vorhandenen Eigenmittel nicht mehr einsetzen. Die einzige bedeutende Investition der letzten Jahre im Jugendbereich ist der naturzerstörerische Bau der Jugend-Justizvollzugsanstalt auf dem Scharpenacken.

Welche Formen und feinen Unterschiede der Verwahrlosung der Schließung von Schwimmbädern, Theatern und Jugendzentren folgen werden, ist absehbar und zum Teil schon eingetreten.

Wenn den Verantwortlichen in Verwaltung und großer Kooperation die Zukunft der Kinder und Jugendlichen tatsächlich wichtig ist, sollten sie bei der Bezirksregierung, welche die Kürzungen im Haushaltssicherungskonzept vorschreibt, noch stärker für die jungen WuppertalerInnen und ihre Bedürfnisse eintreten und mehr Personal und finanzielle Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit einfordern. ■

**Atomausstieg jetzt!**  
**Cronenberg: Aus für Bürgerbüro**  
**Der rote Faden Nr. 31**

**Seite 2**  
**Seite 3**  
**Seite 4**

# Auch in Wuppertal Atomausstieg jetzt!



Der Supergau in Fukushima zeigt erneut, dass AKWs nicht beherrschbar sind. Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima – alles, was schief gehen kann, geht auch mal schief.

Es scheint, die atomare Katastrophe in Japan markiert eine Zeitenwende. Über Nacht gibt es in Deutschland fast keine Atomkraftbefürworter mehr. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat aktuell deutlich mehr AKWs vom Netz genommen, als es der „Atomausstieg“ von Rot-Grün vorsah. Deshalb muss jetzt mit aller Kraft der Umstieg auf erneuerbare Energien, auf mehr Energieeffizienz und moderne Kraftwerke vorangetrieben werden. Der Zeitpunkt ist günstig. Denn die Folgen auch des Normalbetriebes von AKWs werfen Fragen auf, vor allem bei der sogenannten Entsorgung: Haben wir gesellschaftliche und politische Zustände, die es uns erlauben, den Atommüll 100.000 Jahre sicher aus der Umwelt zu entfernen und zu bewachen? Oder die Endlager über einen solchen Zeitraum vor Naturkatastrophen zu schützen? Politiker, die das versprechen, gehören abgewählt.

DIE LINKE im Rat unterstützt die Initiative von Greenpeace, auf die WSW Druck auszuüben, einen Ausstiegsplan aus der Atomenergie und einen Umstiegsplan auf 100% erneuerbare

Energien zu entwickeln. Sie hat zur Ratssitzung am 23. Mai einen entsprechenden Antrag gestellt. Dieser wurde allerdings von der großen Kooperation abgelehnt, die ihrem eigenen unverbindlichen und butterweichen Appell an die WSW den Vorzug gaben.

Die WSW Energie & Wasser AG ist mit über 90% Marktanteil der wichtigste Stromanbieter in unserer Stadt. Der WSW-Strommix enthält 7% Atomstrom.

Wer es ernst damit meint, aus der Atomenergie möglichst schnell auszusteigen, muss vor Ort alle Möglichkeiten prüfen, wie und in welchen Schritten möglichst bald aus dem Bezug und dem Vertrieb von Atomstrom ausgestiegen werden kann.

Die WSW setzen aber auch, natürlich gegen die Stimmen der LINKEN im Rat, auf den Neubau eines klimaschädlichen Kohlekraftwerks in Wilhelmshaven (als Junior-Partner von GDF/SUEZ), das durch einen Wirkungsgrad von 46% über die Hälfte der Energie verschwendet. Das bedeutet eine Festlegung auf ineffektive fossile Energienutzung für Jahrzehnte und behindert außerdem den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Die bereits vorhandenen Methoden der energieeffizienten Stromerzeugung wie z.B. durch Kraftwärmekopplung müssen ausgebaut werden, solange noch nicht auf fossile Energieträger verzichtet werden kann. Das Gas- und Dampfturbinenkraftwerk der WSW in Barmen entspricht ökologischen Kriterien 100%ig. Das Ziel aber muss ein 100% Einsatz von erneuerbaren Energien sein, und dies bis spätestens 2050. ■



Protest vor der Ratssitzung am 23. Mai 2011

## DIE LINKE fordert: WSW Energie & Wasser wieder 100% kommunal

*Eine grüne Marktwirtschaft braucht eine „grüne“, das heißt dezentrale Eigentumsordnung. Das gilt besonders in der Energiewirtschaft. Deshalb fordern wir die Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze, die Rekommunalisierung der Energieversorgung und die Wiedereinführung der Strom- und Gaspreisaufsicht durch die Länder. Es ist schon so, das Prinzip der Dezentralität ist ein ökologisches Prinzip. Nur bei einer dezentralen Eigentumsstruktur wird es gelingen, regenerative neue Energie auch in die Netze einzuspeisen. Die Monopole wehren sich dagegen, deshalb brauchen wir eine dezentrale grüne Eigentumsordnung.*

*Der Möglichkeit nach sind Stadtwerke ein Ansatz für eine solche dezentrale grüne Eigentumsordnung. Stadtwerke gehören dem Sinne nach allen BürgerInnen, weil sie nominell der Kommune gehören, „gemeinsame Sache“ sind. Aus diesem Grunde hat DIE LINKE im Rat als einzige Fraktion keiner Teilprivatisierung der WSW zugestimmt. Die Grünen haben, wie die anderen Fraktionen auch, der ersten, mittlerweile gescheiterten Teilprivatisierung mit RWE zugestimmt. RWE ist der Energiegroßkonzern, der als mächtiger Atomstromproduzent gegen das Abschalten der AKWs durch die Bundesregierung klagt. Bis 2007 war RWE Anteilseigner bei den WSW.*

*Die WSW Energie & Wasser hat zur Zeit als privaten Anteilseigner GDF/SUEZ, einen französischen Global Player auf dem Energie- und Wassermarkt. Er gehört zu den größten Konzernen in dieser Branche weltweit und produziert jede Menge Atomstrom. ■*

## Jetzt doch Edith-Stein-Straße in Vohwinkel

Nach langem, dem Anlass unangemessenen Parteiengezerre zwischen der CDU- und der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Vohwinkel, das schließlich in der letzten BV-Sitzung am 13. April in einem Eklat endete, bekommt Vohwinkel nun doch eine Edith-Stein-Straße, und der Name Lettow-Vorbeck taucht somit künftig nicht mehr in Vohwinkels bzw. Wuppertals Stadtbild auf. Dabei hätte der künftige Straßename schon direkt nach der Beschlussfassung zur Umbenennung in der BV-Sitzung vom 8. September 2010 beschlossen werden können. Doch die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union meldete Beratungsbedarf an, so dass die Entscheidung auf die nächste BV-Sitzung vertagt wurde, bei der die SPD-Fraktion nicht vollzählig war. Bei der Abstimmung scheiterte der Vorschlag Edith-Stein-Straße aufgrund der Stimmgleichheit. DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen hielten wie auch der katholische Pfarrgemeinderat an Edith Stein fest, die anderen Parteien wünschten sich Namensvorschläge aus der Bevölkerung. Nun brachte die SPD den Namen Ernst Oberhoff ins Spiel, musste aber nach einer verspäteten Überprüfung feststellen, dass dieser Name mit einer NS-Vergangenheit belastet ist. Somit nahm die SPD-Fraktion mit Bedauern ihren Namensvorschlag „Ernst-Oberhoff-Straße“ in der Sitzung am 13. April 2011 zurück und beantragte wiederum die Umbenennung in „Edith-Stein-Straße“. Nach einer turbulenten Sitzung ergab die Abstimmung dann ein deutliches Votum für die Umbenennung in „Edith-Stein-Straße“. Somit hat Vohwinkel künftig die erste Straße, die nach einer Frau benannt ist, einer Frau, die zunächst als Jüdin, dann zwischenzeitlich als Atheistin und schließlich als überzeugte Christin nahezu alle Facetten des Glaubens durchlebt hat und dann in ihren Werken immer für die Versöhnung zwischen den Religionen und Konfessionen eingetreten ist. ■

### Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal  
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Tel. u. Fax: 0202 563-6677  
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de, E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de  
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Karl Hundsdörfer, Hartmut Kissing, Petra Mahmoudi, Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski  
Redaktionsschluss: 24.5.2011  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal, Auflage: 80.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

# Ökologischer Strom – Sternstunde der „Privaten“?

Die Ereignisse von Fukushima, der 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl und nicht zuletzt die völlig ungelöste Lagerung atomarer Abfälle bewirken, dass immer mehr Menschen bewusst wird, dass Strom nicht einfach so aus der Steckdose kommt, sondern derzeit noch überwiegend in umweltschädlichen Verfahren hergestellt wird (Atomenergie, Braunkohle, Steinkohle) oder aber aus Quellen, die unbestreitbar in absehbarer Zeit erschöpft sein werden (Erdöl, Erdgas). Wer daran interessiert ist, künftig Strom aus ökologischen Quellen zu benutzen, wird derzeit aber fast immer auf private Stromanbieter wie bspw. „Lichtblick“ verwiesen. Nur wenigen Menschen ist bekannt, dass die Wuppertaler Stadtwerke einen Ökostrom-Tarif anbieten. Bisher wurde ja auch wenig dafür geworben, Strom zu verwenden, der mit Hilfe von Sonnenenergie und Windkraft oder Wasserkraft gewonnen wird. Wichtig aber ist, dass die Energieversorgung der Bevölkerung eine öffentliche Aufgabe bleibt, die nicht an private Anbieter abgegeben werden darf: Die Versorgung mit Strom und Wärme ist Teil der Daseinsvorsorge. Und

Daseinsvorsorge muss langfristig sichergestellt sein. Schon jetzt wird vor unseriösen Anbietern gewarnt, die entweder ökologischen Strom verkaufen wollen, der in Wirklichkeit aus herkömmlichen Quellen stammt, die unseriöse Zahlungsbedingungen haben (z.B. ein Jahr Vorfinanzierung verlangen) oder die ganz einfach nach einiger Zeit vom Markt verschwinden.

Demgegenüber muss es unser Anliegen sein, die kommunalen und regionalen Stromanbieter dazu zu bringen, ökologische Stromerzeugung auszuweiten. Erste Ansätze gibt es hier bereits: Wurde Windkraft noch bis vor kurzem belächelt, ist inzwischen deren Nutzung kommunalpolitisches Anliegen geworden, haben die Stadtwerke Wuppertal erklärt, sich an einem Windpark beteiligen zu wollen. Dies sind Schritte in die richtige Richtung, wenn gleich es deutlich sinnvoller ist, regionale Windparks aufzubauen als Strom über größere Entfernungen zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu leiten. Abgesehen vom teuren Trassen- und Leitungssystem geht viel Energie durch lange Transportwege verloren.

Öffentlich muss die Energieversorgung aber auch bleiben, weil gerade die Energielieferung Gewinne abwirft, die den Kommunen zugutekommen! Wer ökologisch erzeugten Strom beziehen möchte, kann kein Interesse daran haben, dass die Kommunen Einnahmequellen verlieren. In vielen Gemeinden, so auch in Wuppertal, lässt sich der öffentliche Personennahverkehr nur aufrecht erhalten, weil die Einnahmen aus der Strom- und Gas-Sparte zur Deckung des defizitären öffentlichen Verkehrs genutzt werden. Entfielen diese Quersubventionierung, so würden Buslinien gestrichen oder ausgedünnt. Die Folge wäre, dass der Autoverkehr zwangsläufig zunehmen müsste und andererseits Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt würden.

Gerade weil öffentliche Daseinsvorsorge viele Aspekte hat, müssen wir auch bei Umstellung der Stromerzeugung darauf achten, dass nicht vor lauter Eifer die Versorgung mit Strom und Wärme plötzlich das Geschäft privater Anbieter wird, die letztlich keinen öffentlichen Auftrag erfüllen, sondern Geld verdienen wollen. ■

## Haushaltssicherungskonzept Schließung der Bürgerbüros am Beispiel Cronenbergs

### Was haben Bürgerbüros, Jugendzentren und Bäder mit der Demokratie zu tun?

Die Stadt Wuppertal verabschiedet sich immer mehr aus der Finanzierung sozialer und kultureller Angebote und städtischer Dienstleistungen. Das bedeutet, dass sich die Stadt auch immer mehr aus dem Bewusstsein ihrer BürgerInnen zurückzieht. Wo anders als in diesen Institutionen, die zum alltäglichen Leben gehören, nehmen die BürgerInnen ihre Stadt wahr? Mit der Schließung von Bürgerbüros und

Jugendzentren verringert die Stadtverwaltung die Lebensqualität in dieser Stadt weiter.

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes sollen die Öffnungszeiten und das Angebot der Bürgerbüros drastisch verkürzt werden, was einer Schließung der Büros gleichkommt.

Für die BürgerInnen wird es in Zukunft schwieriger und zeitaufwendiger, die Dienstleistungen der Verwaltung in Anspruch nehmen zu können. In manchen betroffenen Stadtteilen formierte sich in den Bürgervereinen Widerstand gegen

diese Kürzungen. In Cronenberg unterschrieben über 4300 BürgerInnen für den Erhalt des Büros in seiner bisherigen Form. Die Stadtspitze, in Gestalt von Dr. Slawig, nahm die Unterschriften in der Bezirksvertretungssitzung in Empfang und machte zugleich klar, dass sich dadurch keine Änderung in den Verwaltungsvorschlägen zum HSK ergebe und dass der Rat entscheiden müsse. Leider entschied die Mehrheit der BezirksvertreterInnen

für die zweitägige Öffnungszeit der Büros und verkaufte diesen faulen Kompromiss als erfolgreiche Abwehrmaßnahme gegen eine vollständige Schließung. Diese Entscheidung zeigt aber auch, dass sich die Cronenberger CDU/SPD wenig kämpferisch gibt, wenn es darum geht, die Belange der BürgerInnen gegenüber der Stadtspitze durchzusetzen, und das, obwohl einzelne Mitglieder dieser Parteien kurz vorher noch mit anderen zusammen die Unterschriften für den Erhalt des Bürgerbüros gesammelt hatten. Das rief in dieser BV-Sitzung den berechtigten Unmut des Vorsitzenden des Cronenberger Heimat- und Bürgervereins hervor, der bei der Übergabe der Unterschriften in seiner Kritik am gegenseitigen Schulterklopfen der großen Parteien kein Hehl machte. DIE LINKE und die Grünen bekräftigten ihre Ablehnung. ■

Stadt Wuppertal  
Bürgerbüro Cronenberg

Bedingt durch die umfangreichere Bearbeitungszeit für den neuen Personalausweis kann es leider auch zu längeren Wartezeiten bei der Beantragung und bei der Abholung kommen.

Wir bitten um Verständnis.

Ihr Bürgerbüro  
Cronenberg



Am 9. April versteigerte der Stadtverordnete Bernhard Sander städtische Immobilien, um den Haushalt der Stadt zu retten. Neben Schauspiel- und Opernhaus ersteigerten Schnäppchenjäger günstig auch Schwimmbäder und Schulen.

## Der Pakt mit der Bildung

Das Bildungsförderungspaket ist wichtig! Nun steckt es selbst in mehr als einer förderungswürdigen Lage. Zu wenige Familien, die Anspruch darauf haben, haben es auch beantragt. DIE LINKE sieht eine dringende Notwendigkeit in der Fristverlängerung des Bildungsförderungspakets. Doch zuallererst müssen wir uns der Antwort auf die Frage stellen, warum so wenige Menschen dieses wichtige Paket beantragen. Von Anfang an hat DIE LINKE die mangelnden Informationen und den hohen bürokratischen Aufwand zum Bildungsförderungspaket kritisiert. Eine traurige Tatsache, die sich nun bestätigt angesichts der wenigen und noch dazu wenig korrekt ausgefüllten Anträge zum Paket. Zu der mangelnden Erklärung, wie diese Anträge auszufüllen sind, fehlen darüber hinaus Übersetzungen in verschiedene Sprachen für Familien mit Migrationshintergrund. So droht den Familien ein Verlust von EUR 108,00 pro anspruchsberechtigtem Kind. In vielen Ortschaften haben nur 2% der Antragsberechtigten auch einen Antrag gestellt.

Das Bildungsförderungspaket steckt nicht nur in Startschwierigkeiten. Auch in der vorangegangenen Konzeption lässt es mehr als eine Frage und mehr als einen Wunsch offen. Das Mittagessen soll für die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler kostenlos sein. Das ist gut. Um diese Leistung in Anspruch nehmen zu können, sollen diese Schülerinnen und Schüler allerdings den Hartz-IV-Bescheid vorlegen. Das ist diskriminierend. Wer weiß, wie viele Menschen ihren Kindern diese „Schmach“ ersparen möchten und auch darum

keinen Antrag stellen. Auch dringend benötigte Sportbekleidung oder Notenhefte für die Musikschule sind nicht im Bildungspäckchen enthalten. Für Sport und Musik gibt es EUR 10,00. Wie wenig weit man damit kommt und woher die Differenz zu einer Monatsgebühr einer Musikschule kommen soll, darauf hat niemand eine Antwort, weil hierzu niemand die korrekte Frage in diesem Land gestellt hat: Was kostet es, einem Kind Musikschule und Sportverein im Monat zu ermöglichen? Und was kostet die Fahrt dahin? Und wer weiß, wie viele Menschen überhaupt gar nicht wissen, dass es dieses Paket gibt? Denn, seien wir doch ehrlich: In bildungsferneren Schichten wird sich nicht zwangsläufig mit mehr Bildung beschäftigt, wenn den Familien auf den Ämtern nicht erklärt wird, dass es diese Möglichkeit für ihre Kinder gibt. Ein schlechter Mensch, wer unserer Bundesregierung hier künstliche Informationsverknappung unterstellt.

Widmen wir uns der Frage, inwieweit die Anbieter – die Musik- und Sportschulen – auf das Bildungsförderungspaket vorbereitet wurden. Unsere Befürchtungen vom Anfang, dass kleine Vereine den nötigen bürokratischen Aufwand schon von ihrer Infrastruktur nicht bewerkstelligen können, haben sich bewahrheitet. Selbst wenn also eine zu fördernde Familie den Antrag korrekt gestellt hat, selbst wenn diese Familie die monatlichen Mehrkosten einer kulturellen Mitgliedschaft und die damit verbundenen Fahrtkosten zu tragen in der Lage ist, kann es sein, dass der hiesige dörfliche Verein oder die Musikschule selbst am Verwaltungsaufwand scheitert. Das Pferd ist zusammengebrochen, bevor der Reiter überhaupt drauf steigen konnte. Unsere Bundesregierung sollte sich wirklich

nicht wundern, dass dieses „Prestigeobjekt“ von Ursula von der Leyen scheitert – alles andere ist realitätsfremd.

Kommen wir zurück zu unserem Ausgangspunkt: Das Bildungsförderungspaket ist wichtig! Nun steckt es selbst in mehr als einer förderungswürdigen Lage. DIE LINKE sieht eine dringende Notwendigkeit in der Fristverlängerung. Gesine Löttsch spricht sich dafür aus, dass die Eltern noch bis zum 30. Juni Zeit haben, rückwirkend Leistungen zu beantragen. Auch Löttsch hat das Bildungspaket als eine insgesamt fragwürdige Konstruktion verurteilt. Besser wäre es gewesen, in die Infrastruktur zu investieren, etwa in Schulen und Kindergärten. Den Institutionen die so dringend benötigten Gelder für Kultur und Sport also direkt in die Hand zu geben. Dies wurde leider nicht umgesetzt. Auch realistische Kostenkalkulationen über Kultur und Bildung außerhalb des Schulsystems, wurden nicht berücksichtigt. Bleibt zu hoffen, dass die mangelnden Informationen und der hohe bürokratische Aufwand zum Bildungsförderungspaket in letzter Instanz besser umgesetzt und korrigiert werden und einer Fristverlängerung zugestimmt wird.

Susanne Herhaus

Kreissprecherin DIE LINKE Wuppertal

Am 15. Januar 2011 eröffnete DIE LINKE, Kreisverband Wuppertal, gemeinsam mit Gunhild Böth, MdL und Landtagsvizepräsidentin, ihr Bürger-/Wahlkreisbüro.

Das Büro am Platz der Republik 38, 42107 Wuppertal, ist ein Treffpunkt, aber auch ein Ort, an dem Informationen über unsere Partei zu erhalten sind und der nicht zuletzt auch MitbürgerInnen Gelegenheit bietet, Gespräche zu führen.

Unser Büro ist von dienstags bis freitags von 14:00 – 18:00 Uhr geöffnet.

Telefon:  
 DIE LINKE Wuppertal: 0202.7694600  
 Wahlkreisbüro G. Böth: 0202.69824911

Sie sind herzlich eingeladen!



v.l.: Susanne Herhaus, Kreissprecherin; Gunhild Böth, MdL und Vizepräsidentin des Landtags NRW; Gerd-Peter Zielenzki, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Rat

### SOMMERFEST 2011

Wir laden herzlich  
zu unserem  
Sommerfest ein!

**DIE LINKE.**  
 Kreisverband Wuppertal

Für ein abwechslungsreiches  
Unterhaltungsprogramm sowie leibliches  
Wohl ist gesorgt.

**Wann?** 23. Juli 2011, 15:00 – 21:30 Uhr

**Wo?** Färberei, Stennert 8  
42275 Wuppertal-Oberbarmen

**Programm** 15:00 – 18:00 Uhr  
**Trine-Kinderprogramm**  
 Kinderunterhaltung mit Clownerie, Figurenballons, Kinderschminken und Hexenparty

**Tombola**

**19:00 Uhr**  
 Benjamin Eisenberg – Kabarett

**20:00 Uhr**  
 Karl Hundsdörfer rockt mit Euch

!!! Wir freuen uns auf einen schönen Tag mit Euch!!!

'mal reinhören,  
mitreden,  
mitwirken

**DIE LINKE.**

Ich bitte um Zusendung von  
Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu  
Veranstaltungen und Versamm-  
lungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

einsenden an: Die LINKE, Kreisverband,  
 c/o Cornelia Weiß, Hombüchel 24, 42105  
 Wuppertal, www.dielinke-wuppertal.de